

## **Der neue deutsche Heimatschutz Eine neue Dimension der inneren Militarisierung**

Mit der Neuausrichtung der Bundeswehr und der Neukonzeption der Reserve finden seit letztem Jahr in allen Bundesländern Gelöbnisse von „Regionalen Sicherheits- und Unterstützungskräften“ (RSUKr) für den so genannten Neuen Heimatschutz statt. Die Aufstellungsappelle bilden den zeremoniellen Höhepunkt der ab 2003 schleichend vorangetriebenen Transformation der Bundeswehr durch das Konzept der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (CIMIC/ZMZ).

Teilnehmer und Mitwirkende bei diesen Gelöbnissen sind Repräsentanten und Vertreter von Polizei, Landesregierungen, Kommunen, zivilen Katastrophenhilfswerken, Kirchen, etc. Die schon lange aufgeworfene brisante Frage „Wappnet sich der Staat in Wirklichkeit - gerade in Zeiten verschärfter ökonomisch-sozialer Krisen – vorsorglich auch gegen mögliche soziale Unruhen und Aufstände?“ (1) wurde bisher in den sozialen Bewegungen einschließlich der Friedensbewegung vor Ort zu wenig beachtet.

Die Gelöbnisse finden auf Bundeswehrgelände oder historischen Denkmälern, wie z.B. der Hohenzollern Veste Burg Cadolzburg in Nordbayern, der Zeche Zollverein in Essen oder auf Schloss Biebrich in Wiesbaden statt. Die erste Vereidigung einer Reservistenkompanie wurde im Juni 2012 in Bremen durchgeführt, weitere folgten von Januar bis Juli 2013 in Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Saarland, Niedersachsen, Bayern, Schleswig-Holstein und Nordrheinwestfalen.

In Nordrheinwestfalen sind 3 Reservistenkompanien in Unna, Ahlen und Düsseldorf aufgestellt worden. Ihre Vereidigung ging am 14. Juni in Essen über die Bühne der ehemaligen Zeche Zollverein. Im Unterschied zu anderen Aufstellungsappellen war die „Premiere für das Weltkulturerbe“ öffentlich. Für die zuständige Stiftung Zollverein stellte der Missbrauch des UNESCO-Welterbes für militärische Zwecke kein Problem dar. „Für uns ein normales Mietgeschäft“, so die Sprecherin der Stiftung (2). Für die Vertreterin der Landesregierung, Landtagspräsidentin Carina Goedecke war das militärische Tschingderassabum auf dem Kulturgelände sogar eine „großartige symbolische Inszenierung“ (3). Alarmiert durch einen linkspopulistischen Aufruf (4) riefen 17 lokale und landesweite Organisationen unter Federführung des Essener Friedens-Forums kurzfristig zu einer Kundgebung „Nein zum Neuen Heimatschutz! Nein zur Militarisierung im Innern! Gegen regionale Sicherheits- und Unterstützungskräfte!“ auf (5). Die Lokalpresse zeigte sich empört: „... Es ist völlig überzogen, wenn eine Parlamentsarmee im demokratischen Rechtsstaat von einigen behandelt wird, als handele es sich um eine aggressive Angriffstruppe, der man die öffentlichen Auftritte vergällen müsste. ... Was stört ist die moralisch aufgeladenen Selbstgerechtigkeit, die im Umgang mit der Bundeswehr um sich gegriffen hat und sich im Kleinen auch in Essen zeigt...“ (6). Pressekommentare wie dieser ignorieren, dass es nicht um die Frage geht, ob und wie „aggressiv“ Regionale Sicherheits- und Unterstützungskompanien sind, sondern welche Funktion und Aufgaben sie haben.

### **Neukonzeption der Reserve**

Die RSUKr sind das Rückgrat der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit im Innern (ZMZ I). Nach Aussetzung der Wehrpflicht seit 2011 sollen und können deutsche Staatsbürger entscheiden, ob sie sich im Alter zwischen 18 und 65 Jahren (7) wahlweise für den angeblich zivilen „Katastrophenschutz“ oder für Kriegseinsätze der Bundeswehr zur Verfügung stellen. Das Konzept ZMZ I unterscheidet nicht mehr nach militärischen und nicht-militärischen Aufgaben, sondern nur noch nach Fähigkeiten und Interessen des/der Einzelnen.

Für den inneren Einsatz sollen bis Anfang 2014 – auf alle Bundesländer verteilt - 30 RSU-Kompanien mit (vorläufig) 109 Soldaten/-innen in Dienst gestellt werden. Je nach Landesgröße sind dies 1 bis 7 Kompanien. In einem breit gefächerten Ausbildungsprogramm werden die ReservistInnen vor allem am Gebrauch von Handfeuerwaffen wie dem Schnellfeuergewehre G-36, P-8 -Selbstladepistolen zur „Selbstverteidigung im Nahkampf und Zweitbewaffnung für Maschinengewehrschützen und Scharfschützen“ (8) oder in Sonderfällen am MG 3 gedrillt (9). Neuen Bewerbern und Interessierten

wird unmissverständlich mitgeteilt, dass sie einen fundamental anderen Auftrag haben als die gewohnte zivile Katastrophenhilfe: *„Statt sich wie bisher in Feuerbekämpfung, ABC Schutz oder Flugabwehr zu üben, steht für die RSU-Kräfte wieder der klassisch-militärische Auftrag im Mittelpunkt ... Erst in zweiter Linie spielen die unterstützenden Hilfeleistungen im Rahmen der Katastrophenhilfe eine Rolle“*(10).

Die RSUKr sind Teil der neuen Territorialreserve *„und bestehen grundsätzlich aus Reservisten mit regionaler Bindung“*(11). Sie unterstehen dem Kommando Territoriale Aufgaben in Berlin und 16 Landeskommandos in den Landeshauptstädten. Auf regionaler Ebene sind rund 470 Bezirks- und Kreisverbindungskommandos mit einem Beauftragten der Bundeswehr(BeaBwZMZ) und je 12 Reservisten für die Zusammenarbeit mit Polizei, Behörden und zivilen Hilfswerken im Aufbau. Für ihre Aus- und Weiterbildung gibt es in Anbindung an BW-Bataillone oder –regimenter 16 ZMZ-„Stützpunkte“ mit speziellen Schwerpunkten(12). Grundsätzlich soll die Ausbildung der RSUKr *„... eine bedarfsgerechte Auffrischung militärischer Kenntnisse und Fähigkeiten sicherstellen“* (13).

### **Föderalisierung, Regionalisierung und bewaffnete Einsätze im Innern**

Neu und wesentlich für die Neustrukturierung der BW im Innern ist die Föderalisierung und Regionalisierung der Reserve und der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit. Mit ihr gewinnt die herrschende Sicherheitspolitik zum einen ein breitflächig gestreutes und bezahltes Heer von Propagandisten für den Dienst an der Waffe und für die Akzeptanz der BW in der Zivilbevölkerung. *„Es kommt vor allen Dingen darauf an, auf allen Ebenen, beginnend im privaten Freundeskreis und endend im politischen Raum, den Stellenwert der Bundeswehr und ihrer Reserve in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken...“*, so das Bundesministerium für Verteidigung (14).

Zum anderen gewährleistet die regionale „Vernetzte Sicherheit“ mit den zivilen Institutionen auf allen Ebenen, dass Einsatzentscheidungen erheblicher schneller, unbürokratischer und u.U. auch unter Umgehung noch bestehender juristischen und parlamentarischer Hürden getroffen werden können.

Hauptaufgabe der föderalisierten Reserve ist der „Schutz Kritischer Infrastruktur“. Nach Aussagen der Regierung sind dies *„Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das Staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden...“*. (15). Zu diesen gehören in erster Linie Einrichtungen der Bundeswehr und ihrer Verbündeten auf deutschem Hoheitsgebiet, deren Schutz bisher ausschließlich Aufgabe der Polizei war. Welche anderen „Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das Staatliche Gemeinwesen“ gemeint sind, bleibt im Dunkeln. Antworten der Bundesregierung auf Anfragen der Linkspartei geben keine Aufklärung über die möglichen Objekte und Anlässe (16). Nur eine Aussage ist unmissverständlich. Auf die Frage, ob die Bundesregierung vorhat, *„... aus(zu)schließen, dass die ZMZ-Strukturen zur Unterstützung polizeilicher Repressionsmaßnahmen gegen Streikende und/oder Demonstrantinnen und Demonstranten herangezogen werden, ...“* lautet die kategorische Antwort: *„Nein“* (17).

Wie zuvor den Out-of-Area Einsatz hat das Bundesverfassungsgericht am 3.Juli 2012 in einem „juristischen Handstreich“(18) den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Innern die Tür geöffnet. Von den 16 Verfassungsrichtern hat nur Einer das Urteil entschieden abgelehnt: *„Nach meiner Ansicht schließt das Grundgesetz in seiner gegenwärtigen Fassung den Kampfeinsatz der Streitkräfte mit spezifisch militärischen Waffen sowohl in Fällen des regionalen (...) wie in Fällen des überregionalen Katastrophennotstandes aus“*. .. *„Selbst wenn Gewalttätigkeiten oder Unruhen drohen sollten, die in ihren Folgen das Ausmaß besonders schwerer Unglücksfälle erreichen, dürfen bewaffnete Streitkräfte im Innern nicht etwa dazu eingesetzt werden, um allein schon durch ihre Präsenz die Bevölkerung etwa bei Demonstrationen einzuschüchtern...“* ... *„Im Schatten eines Arsenal militärischer Waffen kann freie Meinungsäußerung schwerlich gedeihen“* (19).

Diese neue, weitgehend unbekannt Dimension der inneren Militarisierung braucht mehr Aufklärung und Protest vonseiten der Friedensbewegung in Ländern und Kommunen.

## Anmerkungen:

- 1) Rolf Gössner, Militärischer Heimatschutz. Neue Sicherheitsarchitektur für den alltäglichen Ausnahmezustand? Antikriegskongress Berlin 11/2010.
- 2) WAZ Lokalteil 15.6.2013
- 3) [www.reservistenverband.de](http://www.reservistenverband.de), 17.6.2013).
- 4) Bundesweit verbreiteter Aufruf „Nie wieder Freikorps“ mit der populistischen Gleichsetzung der RSUKr mit den Freikorps der Weimarer Republik.
- (5). Siehe [www.essener-friedensforum.de](http://www.essener-friedensforum.de). Organisationen u.a. DFG-VK NRW, Ostermarschkomitee Rhein-Ruhr, VVN-BdA NRW, Essener Friedens-Forum, pax christi im Bistum Essen, Die Linke Essen, Piratenpartei,...
- 6) WAZ Lokalteil 15.6.13.
- 7) FAQ Was ein Reservist/eine Reservistin wissen sollte auf [www.reservistenverband.de](http://www.reservistenverband.de).
- 8) [www.deutschesheer.de](http://www.deutschesheer.de).
- 9) Antwort auf Kleine Anfrage der Linksfraktion Bundestagsdrucksache 17/13384, S.5
- 10) Zeitschrift des Reservistenverbandes ‚Loyal‘ 5/2012. In: s. Anmerkung 14
- 11) Bundestagsdrucksache 17/13384, S. 25)
- 12) Bundestagsdrucksache 16/13970, S4 f.
- 13) Bundestagsdrucksache .17/13384, S.25
- 14) Martin Kirsch, Der neue Heimatschutz der Bundeswehr, IMI Ausdruck 3/2013
- 15) Bundestagsdrucksache 17/ 13384, S. 4
- 16) ebd.
- 17) Bundestagsdrucksache 16/13970, S. 11
- 18) SZ 17.8.2012, Heribert Prantl Karlsruhe fällt Katastrophen-Entscheidung
- 19) Minderheitenvotum von Bundesverfassungsrichter Gaier , W&F 4/2012, S.39 -43

Veröffentlichungen: FriedensForum 5/2013; Friedensjournal 5/2013

**Martin Singe, Bundesverfassungsgericht erlaubt bewaffnete Bundeswehr-Einsätze im Innern, FF 5/2012, S.3f**

*Stichwort Hausrechtsübertragung“ – Hintertürchen Frank Brendle 2009 in Forum Recht: 2008 wurden 900 vorgenommen, die Mehrzahl im zivilen Gebäuden und im öffentlichen Raum*

*„Das monströse System des deutschen Heimatschutzes, das offiziell Zivil-Militärische Zusammenarbeit genannt wird, wurde von langer Hand vorbereitet. „Im Gange ist eine Neuordnung der Streitkräfte unter Einbeziehung ‚aller‘ staatlichen Instrumente der Sicherheitsvorsorge, also ein totalitärer ( „ganzheitlicher, gesamtstaatlicher ) Ansatz, wie er schon in den Verteidigungspolitischen Richtlinien 2003 und im Weißbuch der Bundeswehr 2006 konsequent weiterentwickelt wurde ..“. ( x Peter Feininger, Auf leisen Sohlen. Zivil-Militärische Zusammenarbeit. In: Wissenschaft und Frieden, Oktober 2009, S. ).*

*Stichwort „Supergrundrecht Sicherheit“ IM Friedrichs – Zusammenarbeit mit NSA*